

17/89 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Helmut Kohl:

Im deutschen Interesse: Ja zu Europa

Die Europawahl am 18. Juni 1989 ist von entscheidender Bedeutung für die Zukunftschancen der Bundesrepublik Deutschland und für ihre Stellung in einem geeinten Europa. Wenn wir wollen, daß unser Land auch morgen seine soziale, wirtschaftliche und technologische Spitzenstellung behält, wenn Wohlstand und sichere Arbeitsplätze, soziale Gerechtigkeit und Frieden in Freiheit nicht aufs Spiel gesetzt werden sollen, dann müssen wir alle dafür kämpfen, daß die CDU die deutsche Europapartei bleibt, daß wir als die prägende politische Kraft der Mitte bei dieser Wahl bestätigt werden.

Deshalb müssen wir die Bürger davon überzeugen, wie wichtig es ist, zur Wahl zu gehen. Jede Stimme für die CDU ist nicht nur eine Stimme für Europa, sondern auch eine Stimme für die Sicherung der Zukunft und für unsere deutschen Interessen.

Am Ende dieses Jahrzehnts eröffnen sich für uns historisch einmalige Chancen, aber auch große Herausforderungen. Wir sind Zeugen beim Aufbruch Europas in eine neue Epoche, und wir müssen bereit sein, diesen Aufbruch maßgeblich mitzugestalten. Kein anderes Land in der EG hat hierbei eine günstigere Ausgangsposition, niemand ist besser auf das neue Europa vorbereitet als die Bundesrepublik Deutschland.

Der Europäische Binnenmarkt mit über 320 Millionen Menschen macht die Gemeinschaft zum größ-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Heiner Geißler:

Keine Koalition mit den Republikanern

Die CDU lehnt eine Koalition mit den REP auf allen Ebenen ab. Die CDU wird nicht um einiger Wählerprocente willen ihre Seele verkaufen. Sie wird die Fehler der SPD gegenüber den linksradikalen Grünen nicht wiederholen und daher die REP mit derselben Entschiedenheit bekämpfen wie sie dies Ende der 60er Jahre erfolgreich mit der NPD getan hat, erklärte anlässlich der Vorstellung einer Analyse und politischen Bewertung der rechtsradikalen REP Generalsekretär Heiner Geißler.

Die ausführliche Analyse finden Sie im grünen Teil dieser Ausgabe dokumentiert.

ten einheitlichen Wirtschaftsraum der westlichen Welt. Für uns bedeutet der Binnenmarkt: Neue Chancen für Wachstum und Beschäftigung, günstigere Preise, ein größeres Angebot an Waren und Dienstleistungen, neue Chancen für Unternehmen und Arbeitnehmer.

Unser weltweit als vorbildlich anerkanntes Modell sozialer Sicherheit bleibt auch in Zukunft unangetastet. In der Gemeinschaft streben wir eine europäische Sozialcharta an, mit der es gelingt, die gemeinsamen sozialen Standards an unser hohes Niveau heranzuführen und nicht umgekehrt. Deshalb ist es heuchlerisch, wenn die SPD bei uns im Lande Angstkampagnen gegen einen angeblichen Sozialabbau führt, auf europäischer Ebene aber unsere deutsche Sozialpolitik als vorbildlich lobt. Wer so spricht, hat eine gespaltene Zunge.

Unser Ziel bleibt ein freies und geeintes Deutschland in einem freien und geeinten Europa. Lag die Verwirklichung dieser Vision vor 40 Jahren noch in weiter Ferne, so haben wir heute realistische Chancen, dem Ziel einer umfassenden europäischen Friedensordnung entscheidend näherzukommen. Das Zerbröckeln jahrzehntelanger Verkrustungen in den Staaten Ost-, Mittel- und Südosteuropas schafft neue Hoffnung auch für die Einheit unseres Vaterlandes und die Einigung Europas. Die SPD hatte uns eine „neue Eiszeit“ prophezeit wie wir alle wissen, ist das Gegenteil eingetreten.

Nie war der Frieden sicherer als heute. Beim Besuch Generalsekretär Gorbatschows in der Bundesrepublik Deutschland werden wir Perspektiven aufzeigen, wie wir zukünftig den Frieden in Europa gestalten wollen. Dabei verlieren wir nie unseren eigenen Standort aus den Augen: Während die SPD Europa auf einen gefährlichen Neutralismuskurs bringen will, wollen wir Christdemokraten ein

freies und geeintes Europa an der Seite der Vereinigten Staaten von Amerika. Es steht jetzt viel auf dem Spiel. Freiheit, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit haben keine Zukunft, wenn Radikale das Sagen haben. Wir dürfen nicht zulassen, daß Radikale von links oder rechts zerstören, was wir in den letzten 40 Jahren aufgebaut haben.

Diese Radikalen haben vielfach ein gestörtes Verhältnis zur Demokratie und zu unserem Rechtsstaat, zu Europa wie zum westlichen Bündnis. Für uns Christliche Demokraten gibt es keine Zusammenarbeit mit Radikalen! Die SPD dagegen hat Koalitionen mit den Linksradikalen geschlossen und will politisch von den Rechtsradikalen profitieren. Berlin und Frankfurt haben dramatisch gezeigt: Wer rechtsradikal wählt, wird links regiert.

Die CDU will weiterbauen an Europa im deutschen Interesse. Wir wollen die Europawahl zu einer Volksabstimmung für Europa machen. Ich rufe Sie auf: Beteiligen Sie sich am Europawahlkampf, nutzen Sie auch die bevorstehenden Kommunalwahlen, um die Bürger für unsere Politik zu gewinnen! Helfen Sie mit, daß diese Europawahl zu einem klaren Bekenntnis für Europa und für die Christlich Demokratische Union Deutschlands wird!

Zweite Europa-Runde

Bundeskanzler Kohl hat für den 30. August zur zweiten nationalen Europa-Konferenz nach Bonn eingeladen. Dabei will die Bundesregierung mit Vertretern der wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen über soziale Fragen des EG-Binnenmarktes diskutieren.

CDU begrüßt das „Gemeinsame Wort“ der Kirchen zur Ausländerfrage

Zum Gemeinsamen Wort der Kirchen zur Woche der ausländischen Mitbürger 1989 erklärt der Generalsekretär Heiner Geißler:

Ich begrüße die Erklärung zur Woche der ausländischen Mitbürger 1989 des Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Dr. Martin Kruse, des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Dr. Dr. Karl Lehmann, und des Griechisch-Orthodoxen Metropoliten in Deutschland, Augoustinos. Dieses gemeinsame Wort ist ein wichtiger Beitrag für ein gutes Miteinander zwischen Deutschen und Ausländern in unserem Lande. Insbesondere begrüße ich den Hinweis auf unser Grundgesetz — dessen vierzigjähriges Bestehen wir in diesen Tagen feiern — das Deutschen wie Ausländern Achtung und Schutz ihrer Menschenwürde garantiert.

Als weltoffenes und auf den Export angewiesenes Land kann die Bundesrepublik Deutschland keine Ausländerfeindlichkeit gebrauchen. Ohne ausländische Arbeitnehmer wäre unsere Wirtschaft

schon heute nicht funktionsfähig. Und ich füge hinzu: Unsere ausländischen Mitbürger sind mit ihrer Kultur und Sprache eine Bereicherung für unser Leben. Niemand braucht zu fürchten, daß dadurch die deutsche Identität gefährdet würde.

Für die CDU ist auch das im Grundgesetz verankerte Recht auf Asyl für politisch Verfolgte nach wie vor unantastbar. Wir lehnen ebenso wie die Kirchen eine Abschiebung von Flüchtlingen in Kriegs- und Krisengebiete ab, wenn dort ihre Unversehrtheit an Leib und Leben nicht gewährleistet ist. Etwas ganz anderes ist es, wenn die CDU fordert, das Recht auf Asyl dürfe nicht durch Mißbrauch ausgehöhlt und gefährdet werden. Die wirtschaftliche Not in anderen Ländern der Erde kann nicht über das Asylrecht der Bundesrepublik Deutschland gelöst werden. Deshalb setzen wir uns für umfassende internationale Maßnahmen ein, damit die Menschenrechte weltweit gewahrt und Hunger und Not in den betroffenen Regionen nachhaltig bekämpft werden können.

Gerechtigkeit à la SPD

Zur Verleihung des Gustav-Heinemann-Bürgerpreises der SPD an Nordrhein-Westfalens Innenminister Schnoor erklärt der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johannes Gerster: Nach dem Gladbecker Geisdrama und dem Tod von drei unschuldigen Bürgern trat Bremens

Innensenator Meyer zurück. Der Mann hatte versagt und zog die Konsequenzen. Er hatte wenigstens Charakter. Schnoor hatte mindestens ebenso versagt. Erst mimte er den großen Macher, später schob er dann alle Schuld der Polizei in die Schuhe. Jetzt wurde nicht Meyer, sondern Schnoor der SPD-Preis verliehen. Schnoor erhielt den Preis für sein Kleben im Ministersessel und Meyer muß sich düpiert vorkommen. Gerechtigkeit à la SPD.

Ausländerpolitik der Grünen ist bürgerfeindlich

Die vom Parteitag der Grünen beschlossene Ausländerpolitik überfordert nicht nur die Aufnahme- und Integrationsfähigkeit der Deutschen, sie ist letztlich auch ausländerfeindlich. Denn im Klartext haben die Grünen beschlossen:

1. Jeder Bürger der Welt kann ohne jede Einschränkung hier einwandern.
2. Jeder Bürger dieser Welt kann sich uneingeschränkt auf Dauer hier niederlassen.
3. Jeder Bürger dieser Welt soll nach Ablauf von fünf Jahren automatisch die staatsbürgerlichen Rechte zuerkannt bekommen können.

Dies klingt zwar auf den ersten Blick sehr großzügig, erweist sich bei näherem Hinsehen aber als Bumerang für die Ausländer selbst.

Bei dem eminenten Wirtschaftsgefälle zwischen Europa und 80 Prozent der Staaten dieser Welt würden durch Dauerabwanderungen in Entwicklungsländern die Ärmsten der Armen noch ärmer. Die hier ankommende Mittelschicht aus diesen Ländern würde mangels vorhandener Wohnkapazitäten in Ghettos und Slums abgedrängt.

Da diesen Ausländern ohne Nachweis einer Integration allein durch Zeitablauf „zum Nulltarif“ die staatsbürgerlichen Rechte nachgeworfen würden, würde der letzte Anreiz zur Integration bei Ausländern abgebaut. Ohne Integration blieben diese Ausländer auf Dauer eine Unterschicht. Durch uneingeschränkte Zuwanderung würde der Ausländerhaß erst wirklich zu einer Bedrohung. Reaktionen

radikaler Ausländergruppen wären die fast zwangsläufige Folge.

Offenbar haben die Grünen noch nicht bemerkt, daß weltweit von Tibet über Armenien und die Baltischen Staaten bis zu Flandern und Wallonen der Wunsch der Menschen nach kultureller Eigenständigkeit und kultureller Geborgenheit wächst. Wenn die Grünen dagegen aus der Bundesrepublik Deutschland einen Vielvölkerstaat machen wollen, in dem Menschen verschiedener Kulturkreise nicht miteinander, sondern nebeneinander erleben, steuern sie gegen diesen weltweiten Trend. Sie werden mit diesem Modell scheitern; sowohl bei den Deutschen als auch bei den Ausländern, die weitsichtiger denken als die Grünen, stellt der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Johannes Gerster, fest.

Rekordzuwachs des Sozialprodukts

Zu einem Rekordzuwachs des Bruttosozialprodukts ist es im ersten Jahresviertel 1989 gekommen: Das Niveau vom Jahresendquartal 1988 wurde real um rund 3 Prozent und das vergleichbare Vorjahresergebnis um fast 4,5 Prozent übertroffen. Nominell ist das Bruttosozialprodukt im ersten Quartal 1989 um 6,7 Prozent geklettert. Hochkonjunktur verzeichnet auch das Ruhrgebiet. Die Industrie- und Handelskammern der Region sprechen vom besten Ergebnis seit über zwanzig Jahren und von einer „Aufbruchstimmung“.

Johannes Gerster:

Vorfahrt für Europa – keine Freifahrt für Verbrechen

Der Europäische Binnenmarkt und damit der Wegfall von Grenzkontrollen rückt näher. Das damit befürchtete Sicherheitsdefizit kann und muß verhindert werden. Jetzt muß gehandelt werden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion stellt folgenden 12-Punkte-Maßnahmenkatalog auf:

1. Schrittweise Verlagerung der Kontrollen an die Außengrenzen — auch auf die internationalen Großflughäfen — und Durchführung der Kontrollen nach gemeinsamen Grundsätzen. (Deutscher Kontrollstandard ist anzustreben!)

2. Eine institutionalisierte Verstärkung der Zusammenarbeit der Zoll- und Polizeibehörden der EG-Staaten im Kampf gegen die Kriminalität, so vor allem gegen

- den illegalen Handel mit Betäubungsmitteln, Waffen und Sprengstoff;
- die unerlaubte Einreise und den unerlaubten Aufenthalt von Personen;
- Steuer- und Zollhinterziehung und gegen Schmuggel.

3. Die Schaffung eines Europäischen Kriminalamtes (FBI).

4. Die Schaffung eines gemeinsamen EDV-gestützten Fahndungssystems der Mitgliedsstaaten. Darin sind alle Daten, die der auf das Gebiet der Gemeinschaft bezogenen Fahndung nach Personen und Sachen dienen, zu speichern. U. a. folgende Ausschreibungen:

- Fahndungsersuchen nach Personen die zur Strafverfolgung oder Strafvollstreckung zur Festnahme gesucht werden,

- Ausschreibungen zur Zurückweisung von unerwünschten Ausländern aus Dritt-Staaten,

- Fahndungsersuchen, die der Ermittlung des Aufenthaltes von gesuchten Personen zur Strafverfolgung oder Strafvollstreckung dienen,

- Ausschreibungen zur Aufenthaltsermittlung,

- Fahndungsersuchen nach Sachen, die zur Sicherstellung oder Beweissicherung im Strafverfahren gesucht werden, z. B. Kraftfahrzeuge, Feuerwaffen, Identitätspapiere u. a.

5. Vorbereitung des Austausches von Verbindungsbeamten, Einrichtung gemeinsamer mobiler Streifen im Grenzbereich sowie Einrichtung gemeinsamer Kommunikationssysteme.

6. Vereinfachung des Rechtshilfeverfahrens einschließlich des Auslieferungsverfahrens.

7. Regelungen zur grenzüberschreitenden Nacheile und auch grenzüberschreitenden Observation durch die Polizei über die Grenzen der Partnerstaaten hinweg.

8. Angleichung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen, möglichst unter Wahrung des deutschen Standards.

9. Harmonisierung des Betäubungsmittelrechts, des Waffen- und Sprengstoffrechts sowie des Hotelmelderechts.

10. Komplettierung des nationalen Rechts zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität, vorrangig durch Verabschiedung eines Gesetzes zur Abschöpfung von Vermögensgewinnen aus Rauschgiftdelikten.

11. Im Ausländerrecht müssen die Sichtvermerkshandhabung sowie Teile des Ausländerrechts in Bezug auf die sog. Dritt-Ausländer harmonisiert werden.

Dazu gehört, daß

- ein gemeinsames Visum der Vertragsstaaten geschaffen wird,
- der Geltungsbereich der nationalen Visa auf alle Vertragsstaaten für die Übergangszeit erweitert wird sowie daß
- die in den Vertragsstaaten zu Recht ansässigen Ausländer aus Dritt-Staaten für alle anderen Vertragsstaaten von der Sichtvermerkplicht befreit sind.

Des weiteren bedarf es einheitlicher Regeln darüber, wie die **Abschiebung** von illegalen Ausländern vollzogen werden soll. Es bietet sich an, hierfür den jeweils aufgreifenden Staat zuständig sein zu lassen. Dabei wird es der Schaffung eines gemeinsamen Fonds oder einer Regelung über Ausgleichsverpflichtungen bedürfen, um die Finanzierung dieser Abschiebungen sicherzustellen.

12. Im Bereich des Asylrechts sind ebenfalls zahlreiche Ausgleichsmaßnahmen notwendig. Hierzu zählen zunächst Maßnahmen, die die Harmonisierung von Verfahren und Zuständigkeitsregelungen betreffen. Das Ziel, auch die materiellen Asylvorschriften anzugleichen, wird allenfalls auf mittlere Sicht erreichbar sein. Das materielle Asylrecht und das Asylverfahrensrecht werden sich vorläufig weiter jeweils nach dem nationalen Recht richten. Über Informationsaustausch und Verfahrensangleichung soll aber ein allmählich wachsender Anpassungsprozeß in Bezug auf das materielle Asylrecht zumindest schon in Gang gesetzt werden.

Jedem Asylbewerber ist das Recht auf Prüfung seines Asylantrages in einem Vertragsstaat zu gewährleisten. Zugleich ist aber auch die Einreichung gleichlaufen-

der oder zeitlich versetzter Asylanträge durch denselben Ausländer in verschiedenen Vertragsstaaten zu vermeiden. Dieses Ziel wird erreicht, wenn jeweils nur ein Vertragsstaat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist.

Durch die Ergänzung des Grundgesetzes muß sichergestellt werden, daß die Bundesrepublik Deutschland unter den gleichen Bedingungen wie die anderen EG-Mitgliedsstaaten Asylbewerber an den jeweils zuständigen Mitgliedsstaat überstellen kann; andernfalls wird die Bundesrepublik zum „Reserve-Asylland“ für den Bereich der EG.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert die Vertragspartner sowie die Kollegen im Europäischen Parlament auf, alles zu tun, damit in Kürze die ersten Verträge ratifiziert und der parlamentarischen Beratung zugeführt werden können. ■

Startschuß für die Deutsche Raumfahrtagentur

Mit der Berufung von Prof. Dr. Wolfgang Wild hat die Bundesregierung schnell und überzeugend den Chefsessel der neuen Deutschen Raumfahrtagentur besetzt. Gleichzeitig hat der Haushaltsausschuß des Bundestages die Mittel für Aufbau und Betrieb dieser Institution freigegeben. Damit wird die DARA ihre wichtige Aufgabe als Managementzentrale der deutschen Weltraumaktivitäten rasch aufnehmen können.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erwartet von der Agentur neue Ideen und Initiativen für

- eine wirksame Vertretung deutscher Interessen auf internationaler Ebene,
- eine breitere Nutzung der Raumfahrt im Umweltschutz und anderen Bereichen,
- mehr Marktwirtschaft in der Raumfahrt.

RAF-Anwälte oder Sympathisanten?

Der Verteidiger des RAF-Terroristen Pohl, Rechtsanwalt Pausch, hat am 17. Mai im ZDF in der Sendung „Studio 1“ zur politisch motivierten Gewalt Stellung genommen und dabei offene Sympathie für die Handlungsweise politischer Gewalttäter erkennen lassen. Hier Auszüge aus dem Interview, das Hans Werner Conen mit Pausch führte:

An die Äußerung von Pausch, „Gewalt gegen Sachen“ könne „legitim“ sein, schloß Conen die Frage an: „Das heißt, die Bombe, die niemanden tötet, darf geworfen werden?“

Pausch: „Es gibt Situationen, in denen man davon ausgehen kann, ja.“

Frage: „Welche Situationen sind das?“

Pausch: „Es würde zu weit führen. Sie wollen mich festlegen auf einen Gesprächsverlauf, den ich hier nicht entwickeln möchte.“

Frage: „Ich finde es schon von Interesse, Herr Pausch, wenn ein Organ der Rechtspflege sich zu diesen Fragen äußert vor einem ja durchaus akuten Hintergrund. Ich wiederhole deshalb meine Frage: Wann ist, Sie haben sich in dem Sinne da schon geäußert, denn Gewalt gegen Sachen, etwa das Werfen von Bomben, durch die niemand verletzt wird, legitim, wie Sie sagen?“

Pausch: „Beispielsweise dann, wenn eine Situation entstanden ist, in der, sagen wir mal, schreiendes Unrecht durch friedliche Proteste nicht beeinflusst werden kann.“

Frage: „Wer entscheidet, ob schreiendes Unrecht vorliegt?“

Pausch: „Diejenigen, die sich dagegen wehren, selbstverständlich.“

Frage: „Kann das die andere Seite für sich ganz allein entscheiden: ich bestimme hier-

mit, es liegt Unrecht vor, ich werfe eine Bombe.“

Pausch: „Als freier Bürger muß ich mich entscheiden können. Ich muß Vorgänge dieses Staates frei bewerten können.“

Frage: „Bietet denn dieser Staat nicht genügend friedliche Möglichkeiten, die eigene Meinung zu äußern und auch öffentlich zu Gehör zu bringen?“

Pausch: „Er bietet 'ne ganze Reihe, sicher, sehr viele, Demonstrationen etc., aber man muß auch Verständnis dafür haben, daß es Menschen gibt, denen das nicht ausreicht, die diese Möglichkeiten wahrgenommen haben, auf der anderen Seite feststellen, daß sich aufgrund ihrer politischen Analyse nichts verändert hat dadurch, und die dann zu anderen Mitteln greifen. Ich habe dafür Verständnis.“

Frage: „Und wenn ich hingehe, Herr Pausch, und werfe eine Bombe mit den Worten: ‚Dies dient dem Frieden‘, dann bin ich anschließend, wenn ich erwischt und verurteilt worden bin, wirklich nach Ihrer Ansicht ein politischer Gefangener, dann bin ich für meine Gesinnung bestraft worden? Denn das ist es ja, was den politischen Gefangenen ausmacht.“

Pausch: „Wenn es so wäre, ist es in einem Ausmaß banal, daß ich keine Bewertung dafür finde jetzt. Es ist ja nicht so undifferenziert vorgegangen worden in der Vergangenheit. Es ist ja sogar bei Tötungsdelikten immer eine Erklärung abgegeben worden, die einen politischen Inhalt hatte. Ob sie verstanden wird, ist eine andere Frage.“

Frage: „Und wenn man einen Zettel neben die Leiche legt, dann ist die Tat gerechtfertigt?“

Pausch: „Dann ist sie zumindest politisch erklärt worden.“

Frage: „Was heißt das denn?“

Pausch: Es genügt, oder es genügt nicht. Das müssen die entscheiden, gegen die sich die Tat gerichtet hat, und die, die diese kommentieren.“

Frage: „Aber Sie müssen doch auch als rechtskundiger Mensch dazu eine Ansicht haben. Das Recht hat doch auch was mit Ethik zu tun.“

Pausch: „Das ist richtig, ja.“

Frage: „Also nochmal der Zettel neben der Leiche, und die Sache ist erledigt?“

Pausch: „Es geht nicht um den Zettel, es geht um den Kontext, der damit hergestellt wird. Wenn Sie Geschehnisse aus der Vergangenheit nehmen, wo Menschen getötet worden sind, dann ist zu diesen Personen ja auch was gesagt worden. Das heißt, aus der Sicht derer, die das gemacht haben, ist erklärt worden, warum liquidieren wir diese Person, für wen steht diese Person, welche Politik hat sie zu verantworten . . .“

Frage: „Gehört es denn zu den Rechten etwa Ihrer Mandanten, zu entscheiden, diese Person hat ihr Leben verwirkt, die wird zum Tode verurteilt und, wie Sie selber sagen, liquidiert?“

Pausch: „Sie nehmen sich dieses Recht.“

Frage: „Wie beurteilen Sie das?“

Pausch: „Das beurteile ich jetzt gar nicht hier.“

Frage: „Warum nicht?“

Pausch: „Weil es zu weit führt, das zu beurteilen. Ich möchte jetzt nicht auf Bekenntnisse festgelegt werden, die ich öffentlich nicht abgeben will.“

ZDF-Moderator Bodo Hauser kommentierte das Verhalten der RAF-Anwälte in der jüngsten Vergangenheit mit folgenden Sätzen:

„Wie die Anwälte der Terroristen vor die Öffentlichkeit traten, wie sie ohne erkennbare Distanz sich zum Sprachrohr

von erpresserischen Forderungen machten, das wirft die Frage nach dem anwaltlichen Standesrecht auf, nach den Grenzen, die ein Verteidiger als Organ der Rechtspflege auch bei noch so starkem Engagement einhalten muß, wenn er sich nicht mitschuldig machen will an illegalen Aktionen.“

„Schwerer Schaden für das Rechtsbewußtsein der Bevölkerung“

Zu den Äußerungen des Verteidigers des RAF-Terroristen Pohl in der ZDF-Sendung „Studio 1“ am Mittwoch, dem 17. Mai 1989, erklärt der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ), der baden-württembergische Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten, Heinz Eyrich:

Die Äußerungen beweisen: Die Terroristen sind nicht bereit, der Gewalt abzuschwören; sie hassen diesen Staat. Das müssen diejenigen wissen, die bereit sind, die Terroristen und die Gefangenen zu unterstützen. Derartigen Äußerungen von einem Rechtsanwalt, der als Organ der Rechtspflege dem Rechtsstaat verpflichtet ist, muß widersprochen werden. Ansonsten würde dem Rechtsbewußtsein der Bevölkerung schwerer Schaden zugefügt.

Eyrich erinnerte in diesem Zusammenhang an die „Leitsätze des BACDJ zur politisch motivierten Gewalt“, in denen es heißt:

„Gewalt und Rechtsbruch dürfen in einem freiheitlichen Rechtsstaat keine Mittel zur Durchsetzung eines angestrebten Zieles sein. Jedem Versuch, Gewalt und Rechtsbruch juristisch, politisch, ideologisch oder ethisch-moralisch zu rechtfertigen, muß eine entschiedene und eindeutige Absage erteilt werden.“

Alle demokratischen Kräfte sind aufgefordert, konsequent dafür einzutreten, daß das Gewaltmonopol des Staates garantiert bleibt, damit nicht das Faustrecht einzelner oder einzelner Gruppen neue Chancen erhält und der Innere Frieden zu Lasten der Schwächeren in unserer Gesellschaft zerstört wird.

Der freiheitliche Staat, der sich gegen die Bedrohung des Inneren Friedens nicht entschlossen zur Wehr setzt und Gesetzesbrecher nicht konsequent zur Verantwortung zieht, verspielt die Freiheit seiner Bürger, verliert ihr Vertrauen und stellt sich damit selbst in Frage.

Verbraucherschutz

Lebensmittelüberwachung in der Gemeinschaft künftig einheitlich

Mit der endgültigen Verabschiedung der Lebensmittelüberwachung nach einheitlichen Grundsätzen in allen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft kann in Kürze gerechnet werden. Durch intensive Bemühungen der Bundesregierung im vergangenen Jahr ist es gelungen, im EG-Ministerrat grundsätzliche Einigkeit über das Richtlinienvorhaben zu erzielen.

Durch die Richtlinie wird künftig die Lebensmittelüberwachung — wie bereits in der Bundesrepublik Deutschland — durchgängig auf allen Handelsstufen, also vom Hersteller bis zum Einzelhandel, durchgeführt werden. Gerade die Überwachung der Herstellungsbetriebe — die bisher nicht in allen Mitgliedstaaten üblich ist — bietet die Gewähr, den Verbraucherschutz auch angesichts des zunehmenden Warenverkehrs mit Lebensmitteln in einem gemeinsamen Binnenmarkt zu sichern.

Helmut Kohl zum Tode von Hermann Höcherl

Am 18. Mai 1989 verstarb im Alter von 77 Jahren Hermann Höcherl, Bundesminister a. D., Inhaber des Großkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Im Deutschen Bundestag hat Hermann Höcherl von 1953 bis 1976 als direkt gewählter Abgeordneter seine Heimatregion Regensburg vertreten. Von 1961 bis 1969 gehörte er den Kabinetten der Bundeskanzler Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger an, bis 1965 als Bundesminister des Innern und anschließend als Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Hermann Höcherl hat sich von Anfang an mit ganzer Kraft für den Aufbau unseres freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaates eingesetzt. Die ihm übertragenen Ämter und Funktionen verstand er stets als Verpflichtung zum Dienst am Wohle unseres Volkes.

Engagierte Pflichterfüllung bestimmte auch sein Wirken, nachdem er aus dem Deutschen Bundestag ausgeschieden war. Unvergessen bleiben seine Mitarbeit in vielen unabhängigen Ausschüssen, Kommissionen und Vereinigungen sowie seine Tätigkeit als Vermittler bei Tarifverhandlungen.

Über Parteigrenzen hinweg war Hermann Höcherl geachtet und beliebt. Seine unbestrittene sachliche Kompetenz, sein politisches Gespür, sein Verhandlungsgeschick, seine Offenheit im Umgang mit den Mitmenschen sowie seine Weisheit und sein Humor haben ihm hohe Anerkennung und breite Zustimmung eingetragen.

Neue Wege in der Flugsicherung

Die zivile Luftfahrt befindet sich in einer stürmischen Aufwärtsentwicklung: Mit 48 Millionen Flugreisen im letzten Jahr wurde in der Bundesrepublik Deutschland eine Zahl erreicht, die Experten erst für das Jahr 1995 erwarteten. Europaweit rechnet man jetzt bei jährlichen Wachstumsraten von 5 Prozent mit einer Verdoppelung des Luftverkehrs zwischen 1986 und dem Jahr 2000.

Weil die verfügbaren Kapazitäten der Flughäfen mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten konnten, starten Urlauber immer häufiger verspätet in „die schönste Zeit des Jahres“, haben Geschäftsreisende immer wieder Schwierigkeiten, Terminabsprachen einzuhalten und entstehen Milliardenverluste durch Flugzeuge, die umweltbelastende Warteschleifen fliegen.

Dirk Fischer, Vorsitzender des Bundesausschusses Verkehrspolitik: Die Lage zwingt zum Handeln. Neue Wege in der Flugsicherung sind notwendig, um den Herausforderungen in den 90er Jahren gerecht zu werden.

Ein vielversprechender und begrüßenswerter Weg ist die gegenwärtig im Deutschen Bundestag diskutierte Bildung einer „Deutschen Agentur für Flugsicherung“, die als Gesellschaft privaten Rechts im öffentlichen Eigentum auszugestalten ist. Die Kosten der Flugsicherung sollen dabei vollständig über Flugsicherungsgebühren gedeckt werden.

Eine solche privatrechtliche Lösung bietet ein hohes Maß an Flexibilität im Personal- und Organisationsbereich. Personelle Engpässe werden durch attraktivere

Beschäftigungsbedingungen beseitigt, Investitionen frei von den Zwängen des Bundeshaushalts in Gang gesetzt. Die „Deutsche Agentur für Flugsicherung“ muß Baustein eines zukünftigen europäischen Flugsicherungssystems sein und eine integrierte zivil-militärische Zusammenarbeit ermöglichen. So ausgeformt, wird mit ihr ein wichtiger Beitrag zu einem gut funktionierenden, sicheren, pünktlichen und auch wirtschaftlichen Luftverkehr geleistet, auf den unser exportorientiertes Land dringend angewiesen ist.

Neue Tourenvorschläge für den grenznahen Verkehr mit der DDR

Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen hat jetzt eine Serie von 27 Tourenvorschlägen in Neuauflage herausgebracht, die Anregungen für Tagesausflüge im grenznahen Verkehr mit der DDR geben sollen.

Die mit erstem Wohnsitz in grenznahen Städten und Landkreisen wohnenden Bürger haben im Rahmen der Regelungen für den innerdeutschen Reiseverkehr besondere Möglichkeiten, ein- und zweitägige Besuche bei Verwandten und Bekannten in grenznahen Kreisen der DDR oder touristische Ausflüge in diese Region zu machen.

Für jeden Grenzübergang sind zwei bis vier Falblätter ausgearbeitet worden, die jeweils eine Tagestour umfassen. Neben Informationen zu den Formalitäten im grenznahen Verkehr enthalten die Tourenvorschläge eine Routenkarte, Stadtpläne, ausführliche touristische Erläuterungen sowie Hinweise und Grafiken zu Sehenswürdigkeiten. Die Tourenvorschläge werden im grenznahen Raum bei den Kommunalbehörden abgegeben.

18. Juni 1989: Was die Senioren-Union von Europa erwartet

Zu den vom Bundesvorstand der Senioren-Union verabschiedeten Aussagen zu einer menschengerechten Europapolitik erklärt der Bundesvorsitzende der Senioren-Union der CDU, Gerhard Braun:

„Mit uns für Europa“ heißt das Motto der Senioren-Union für die Europawahl am 18. Juni 1989. Die Senioren-Union strebt ein demokratisches Europa an, das die Grundsätze der gemeinsamen Verantwortung und der Initiative des einzelnen in einer pluralistischen Gesellschaft verwirklicht. Frieden in Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind die Grundlagen, auf denen wir ein vereintes Europa aufgebaut haben und in Zukunft weiter entwickeln wollen. Ein geeintes Europa muß mehr sein als nur eine Wirtschaftsgemeinschaft. Es muß eine Gemeinschaft der Völker sein auf der Grundlage von Freiheit, Pluralismus und Partnerschaft. Die Senioren-Union setzt sich ein für:

- 1** Eine europäische Gesellschaft, die Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verwirklicht.
- 2** Eine Gesellschaft, die die Möglichkeit der persönlichen Entwicklung verbindet mit der Verpflichtung des einzelnen für die Gemeinschaft. So sichert eine solche Gesellschaft humane Lebensbedingungen, soziale Gerechtigkeit und eine persönliche Leistung.
- 3** Ein Europa, das zur weltweiten Verbesserung des Lebensstandards beiträgt und das bereit ist, in Verantwortung die kulturellen, wissenschaftlichen, technologischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten nutzbar zu machen.

4 Ein Europa, das die Entwicklung von Forschung, Wissenschaft und Technologie fördert und damit zum künftigen Wohlstand der europäischen Bürger beiträgt. Dies erfordert eine gemeinsame europäische Aktion sowie eine Koordination der Energiepolitik.

5 Ein Europa, das aus dem Reichtum seiner Geschichte, seiner Traditionen und seiner Kulturen heraus seine Zukunft gestaltet.

6 Die Stabilisierung der Währung und ein ausgeglichenes Wirtschaftswachstum der europäischen Länder, um die Inflation und Arbeitslosigkeit erfolgreich bekämpfen zu können.

7 Eine freie, soziale Wirtschaftsordnung über die Grenzen hinweg.

8 Eine im europäischen Rahmen gemeinsam abgestimmte Umwelt- und Verbraucherpolitik zum Wohle des europäischen Bürgers.

Ziel unserer Europapolitik ist es, auch in Europa dafür zu sorgen, daß die älteren Bürger nicht nur als Empfänger von Schutz und Versorgung betrachtet werden dürfen, sondern daß die älteren und alternden Menschen eine aktive Rolle, Mitwirkungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten bei allen sie berührenden Fragen haben.

Die Senioren-Union setzt sich deshalb u. a. dafür ein, daß

- ein europäischer Senioren-Beirat und eine europäische Senioren-Union gegründet werden, damit die Mitwirkungsmöglichkeiten der Älteren in den europäischen Einrichtungen verbessert werden,
- nachberufliche Tätigkeitsfelder durch

die europäische Gemeinschaft gefördert werden,

- ein europaweites Senioren-Studium eingeführt wird,
- Initiativen und Projekte, die die vielfältigen Kenntnisse und Fähigkeiten der älteren Generation für die Allgemeinheit nutzbar machen, durch die europäische Gemeinschaft gefördert werden,
- die Altersversorgungen in den einzelnen EG-Ländern sichergestellt werden, um dem älteren Menschen eine annehmbare und menschenwürdige Lebensführung zu erlauben,
- ältere Menschen so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können, auch wenn sich ihr Gesundheitszustand verschlechtert und sie pflegebedürftig geworden sind,
- eine einheitliche Heimrichtlinie durch die europäische Gemeinschaft erlassen

wird, um so die Rechte der älteren Menschen, die in Heimen untergebracht sind, zu stärken,

- die europäische Gemeinschaft Initiativen, die dem Ausbau der ambulanten Dienste und dem ehrenamtlichen Engagement dienen, unterstützt und fördert,
- ein Senioren-Paß eingeführt wird, der zu verbilligten Tarifen bei öffentlichen Verkehrsmitteln und zu Preisnachlässen bei Kultur- und Bildungsveranstaltungen berechtigt.

Als Partner und Anwalt der älteren Generation tritt die Senioren-Union ein für ein geeintes Europa und für eine vom christlichen Menschenbild geprägte Europapolitik. Es ist uns bewußt, daß Europa nicht an der Elbe aufhört, sondern daß ein wirklich geeintes Gesamteuropa auch die heutigen Ostblockstaaten miteinbeziehen muß.

10 Pluspunkte für Europa

- 1 Europa lohnt sich für uns Deutsche. Ohne die EG wäre unser wirtschaftlicher Erfolg nicht möglich: Über die Hälfte unserer Exporte geht in die Gemeinschaft.
- 2 Der europäische Binnenmarkt schafft mehr Wachstum, mehr Beschäftigung und damit auch mehr soziale Sicherheit.
- 3 Europa sichert uns Frieden und Freiheit.
- 4 Umwelt kennt keine Grenzen. Saubere Umwelt gibt es nur gemeinsam in Europa.
- 5 Europa ist mehr als nur eine Wirtschaftsgemeinschaft. Der

Reichtum Europas ist seine kulturelle Vielfalt.

- 6 Europa hat die Menschen einander nähergebracht.
- 7 Europa ist Heimat und Anwalt für Demokratie und Menschenrechte.
- 8 Gemeinsam ist Europa stark. Nur ein Europa, das politisch und wirtschaftlich mit einer Stimme spricht, kann unsere Interessen in der Welt vertreten.
- 9 Europas Spitzentechnologie ist weltweit vorn.
- 10 Europa ist fairer Partner der Dritten Welt.

Für eine Kultur des Helfens

Bei Familie und Beruf darf es kein Entweder-Oder geben. Beide Aufgabengebiete müssen vereinbart werden können. Gerade junge Männer und Frauen sehen in Berufstätigkeit einerseits, Familie und Kindern andererseits keine Gegensätze. Auf die Wahlfreiheit der Frauen und Männer hat der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, auch in seiner Regierungserklärung hingewiesen. Damit dieses Ziel verwirklicht werden kann, erwartet die Frauen-Union der CDU:

- Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub dürfen nicht voneinander abgekoppelt werden. Gerade der Erziehungsurlaub ermöglicht Frauen und Männern eine längerfristige Perspektive im Rahmen ihrer Lebensplanung und ist deshalb unverzichtbar.
- Das Konzept der häuslichen Pflege, auf das der Bundeskanzler hingewiesen hat und das mit mehr als fünf Milliarden Mark eine gute finanzielle Ausstattung besitzt, ist rasch zu verwirklichen. Neben der häuslichen muß aber auch die institutionelle Pflege gestärkt werden. Die Frauen-Union unterstützt die Forderung der Pflegekräfte nach einer Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und der längst überfälligen Anerkennung für ihre schwierige Arbeit. Wir wissen, daß viele Pflegekräfte heute völlig überlastet sind.
- Das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen, auch für qualifizierte Tätigkeiten, muß ausgebaut werden. Die Modelle der flexiblen, sozial abgesicherten Arbeitszeit müssen in der Praxis stärker angewendet werden. Zusätzliche Initiativen sind auch deshalb erforderlich, weil — wie auch der Bundeskanzler in der Regierungserklärung zum Ausdruck gebracht hat — die Bundesrepublik Deutschland beim Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen im internationalen Vergleich einen Rückstand und

damit einen Nachholbedarf zu verzeichnen hat.

- Die in den Koalitionsvereinbarungen angekündigte Teilzeittoffensive auch im öffentlichen Dienst steht noch aus. Bis zum Ende dieser Legislaturperiode müssen hier entscheidende Schritte unternommen werden.

- Die vorgesehenen Maßnahmen zugunsten von Langzeitarbeitslosen sind rasch umzusetzen, denn Arbeitslosigkeit ist nicht nur ein materielles Problem, sie beeinträchtigt die ganze Familie, gerade auch die Kinder. Gezielte Maßnahmen für diese besondere Gruppe der Arbeitslosen sind auch unter diesem Aspekt dringend erforderlich.

- Die Reform des Jugendhilferechts muß noch in dieser Legislaturperiode verwirklicht werden. Nachdem der vorliegende Gesetzentwurf auf breite Zustimmung gestoßen ist, darf seine Umsetzung nicht an finanziellen Argumenten scheitern. Für den Schutz des ungeborenen Lebens und die Entlastung Alleinerziehender sind die Verbesserungen im Bereich der Kinderbetreuung, die die Reform des Jugendhilferechts vorsieht, unabdingbar.

Rita Süsmuth: Die Frauen-Union der CDU begrüßt ausdrücklich das Bekenntnis des Bundeskanzlers zu einer Kultur des Helfens und der Nachbarschaft als Beitrag auch jedes einzelnen Unternehmens zur Förderung des Gemeinwohls. Angesichts der Vielzahl partikularer Interessen ist uns in der Vergangenheit vielfach das Gemeinwohl als Orientierung verlorengegangen. Eine Kultur des Helfens in allen Bereichen und auf allen Ebenen ist auch für eine pluralistische Gesellschaft unablässig. Frauen leisten auch hier schon einen Großteil der Arbeit in ehrenamtlichen Tätigkeiten. Das Feld der konkreten und praktischen Hilfe kann für Männer noch erschlossen werden.

Gute Startbedingungen Hessens für den Europäischen Binnenmarkt

Ausgezeichnete Startbedingungen für den Europäischen Binnenmarkt hat der Hessische CDU-Landesvorsitzende und Ministerpräsident Walter Wallmann seinem Land beim Landesparteitag der Hessen-Union am 20. Mai 1989 in Bad Soden am Taunus bescheinigt.

In seiner Rede, die wegen einer schweren Grippe Wallmanns von CDU-Generalsekretär Franz Josef Jung vorgetragen werden mußte, fügte Wallmann allerdings hinzu, in manchen Bereichen gebe es noch Nachholbedarf. „Es muß jetzt gehandelt werden, um nicht in die Zweit- oder Drittklassigkeit zurückzufallen“, betonte der Regierungschef, denn der entscheidende Kampf um die Standorte habe bereits begonnen. Zugleich forderte Wallmann unter dem Beifall der 380 Delegierten im Taunus-Tagungs-Zentrum als eine wichtige Aufgabe zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit die Verkürzung von Genehmigungszeiten und gerichtlichen Prüfungsverfahren sowie vor allem der Ausbildungszeiten: „Während junge Bundesbürger noch für ihr Examen lernen, verfügen andere junge Europäer bereits über Berufserfahrungen.“

Ausdrücklich forderte Walter Wallmann die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft zu einer Umweltgemeinschaft, bei der nicht der Langsamste die Geschwindigkeit des Geleitzuges bestimmen dürfe. Im Blick auf deren Ablehnung der Anwesenheit von Streitkräften unserer Verbündeten in der Bundesrepublik Deutschland warf der CDU-Landesvorsitzende Grünen und Republikanern vor, einer neutralistischen Politik das Wort zu reden: „Rechtsaußen und Links-

außen vertreten in wichtigen Fragen die gleichen Auffassungen.“ Die CDU Hessen, so ihr Vorsitzender weiter, werde die Grünen und Republikaner daher gleichermaßen bekämpfen. „Wer Parolen vorträgt, um Vorurteile zu schüren, gefährdet den inneren Frieden und schadet dem guten Ruf unserer Bundesrepublik im Ausland“, betonte Wallmann und fügte ausdrücklich hinzu, „wir werden die deutsche Teilung nur überwinden, wenn wir zugleich die europäische überwinden.“ In diesem Zusammenhang mahnte der CDU-Ministerpräsident, Mauer und Stacheldraht, Schießbefehl und Zensur paßten nicht mehr in die Welt von heute. Die Mauer in Berlin, so Wallmann weiter, sei der Test für die Ernsthaftigkeit von Glasnost und Perestroika.

Kritisch mahnte der CDU-Landesvorsitzende eine höhere Gemeinwohlfähigkeit in unserer Gesellschaft an. Die Haltung „großzügig gegenüber den Pflichten, genau bei allen Ansprüchen“ sei allzuweit verbreitet.

Mit der Zukunft Europas und den Chancen Hessens im Binnenmarkt '93 beschäftigte sich im Anschluß an die von CDU-Generalsekretär Jung vorgetragene Wallmann-Rede ein hochkarätig besetztes Podium mit dem Bundesvorsitzenden der IG Bau-Steine-Erden, Konrad Carl, dem Generaldirektor der Nestle AG, Helmut Maucher, dem früheren EG-Vizepräsidenten Karl-Heinz Narjes und dem Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Tyll Necker. Die Gesprächsleitung hatte der Europaabgeordnete und Europa-Spitzenkandidat der CDU Hessen, Bernhard Sälzer.



CDU-TV-Spots - Sendezeiten -

	ARD	ZDF
Fr. 26. 5.	20.15 Uhr	19.21 Uhr
Sa. 27. 5.		22.10 Uhr
Mo. 29. 5.	22.00 Uhr	
Mi. 31. 5.	22.00 Uhr	
Do. 1. 6.		19.21 Uhr
Mo. 5. 6.		22.10 Uhr
Di. 6. 6.	21.50 Uhr	19.21 Uhr
Do. 8. 6.	20.15 Uhr	
Sa. 10. 6.	18.00 Uhr	22.10 Uhr
Di. 13. 6.	20.15 Uhr	22.10 Uhr
Mi. 14. 6.		19.21 Uhr
Fr. 16. 6.	21.50 Uhr	

Premiere: Werbe-Spots in den Privaten

Eine medienpolitische Premiere: Als erste Partei in Deutschland wirbt die CDU während des Wahlkampfes auch mit Spots in den privaten Fernsehsendern Sat 1, RTL Plus, Tele 5 und Pro 7. Außerdem schaltet sie Werbespots in privaten Rundfunksendern.

Zitat

„Wer ein guter Deutscher ist, muß ja' sagen zu Europa.“

(Helmut Kohl)

Was Sie tun können im Europa-Wahlkampf

In der heißen Wahlkampfphase kommt es darauf an, daß jedes CDU-Mitglied aktiv dabei ist. Hier noch einige Tips für Ihre ganz persönliche Mitwirkung:

- Helfen Sie mit bei der Verteilung von „Deutschland am Wochenende“. Fragen Sie Ihren Ortsverband nach den Terminen.
- Zeigen Sie Flagge und kleben Sie auf Ihr Auto einen CDU-Aufkleber.
- Verteilen Sie Flugblätter in Ihrem Bekanntenkreis und in Ihrer Nachbarschaft.

Übrigens: Alle Kreisverbände erhalten von der CDU-Bundesgeschäftsstelle in

der heißen Phase des Wahlkampfes wöchentlich mehrere aktuelle Flugblattvorlagen zum Nachdrucken. Rufen Sie doch einfach einmal bei Ihrer Kreisgeschäftsstelle an!

- Sprechen Sie mit jedem über die Notwendigkeit der Europawahl am 18. Juni.
- Schalten Sie Kleinanzeigen in Ihrer Lokalzeitung.
- Hängen Sie in Ihrem privaten Bereich CDU-Plakate und Wandzeitungen auf.
- Weisen Sie auf die Briefwahl hin und darauf, daß die Wahllokale am 18. Juni bis 21 Uhr geöffnet sind.
- Fahren Sie am Wahltag Gehbehinderte ins Wahllokal.

Materialien für Ihren Europawahlkampf

5145	Broschüre: Wir setzen deutsche Maßstäbe im Umweltschutz	25 Expl.	22,50 DM
5146	Broschüre: Deutschlands Zukunft heißt Europa	25 Expl.	22,50 DM
5147	Broschüre: Wir setzen deutsche Interessen im Binnenmarkt durch	25 Expl.	22,50 DM
2138	Europa von A bis Z, Broschüre	50 Stück	24,— DM
2137	Europas beste Seiten, Magazin DIN A4, 16 Seiten	50 Stück	34,— DM
2149	Briefwahlprospekt: Bundesausgabe	500 Stück	45,— DM
2155	Briefwahlprospekt: Saar und Rheinland-Pfalz	500 Stück	45,— DM
8156	Poster A1: Mit seiner Stimme spielt man nicht	50 Expl.	37,50 DM
9503	Aufkleber: Europa-Signet	100 Stück	12,— DM
9508	Papierfähnchen „Europa“	1000 Stück	80,— DM
9814	Parkscheibe — Freie Fahrt für Europa	100 Stück	47,— DM
9511	Luftballons — Europa	1000 Stück	135,— DM

18. Juni 1989:

22 Parteien bei der Europawahl

Die Stimmzettel zur Wahl des Europäischen Parlaments am 18. Juni 1989 werden in allen Bundesländern 21 Wahlvorschläge enthalten. Das ist das Ergebnis der Sitzung des Bundeswahlausschusses am 21. April. Insgesamt hatten 30 Parteien oder politische Vereinigungen Wahlvorschläge eingereicht. Die CDU sowie die CSU und eine „Initiative für eine europäische Demokratie“ (IDE) hatten Landeslisten in einzelnen Bundesländern eingereicht.

Der Bundeswahlausschuß hatte darüber zu entscheiden, ob die formalen Erfordernisse für die Zulassung erfüllt waren. Der Bundeswahlleiter, der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Egon Hölder, betonte, daß der Bundeswahlausschuß keine Inhalte der Parteiprogramme zu bewerten und nicht die Ziele einzelner Gruppierungen zu überprüfen habe.

Für die Europawahl wurden auf Bundesebene zugelassen:

- ▶ Die Mündigen Bürger (Mündige Bürger)
- ▶ Bund Sozialistischer Arbeiter, deutsche Sektion der Vierten Internationale (BSA)
- ▶ DEUTSCHE VOLKSUNION Liste D (DVU)
- ▶ Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)
- ▶ DIE REPUBLIKANER (REP)
- ▶ Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
- ▶ Für das Europa der Arbeitnehmer/innen und der Demokratie
- ▶ Bayernpartei (BP)

- ▶ Freie Demokratische Partei (FDP)
- ▶ Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)
- ▶ Patrioten für Deutschland (Patrioten)
- ▶ Humanistische Partei (HP)
- ▶ Deutsche Kommunistische Partei (DKP)
- ▶ DIE GRÜNEN (GRÜNE)
- ▶ Freiheitlich Deutsche Arbeiterpartei (FAP)
- ▶ Deutsche Zentrumsparterie (Zentrum)
- ▶ CHRISTLICHE LIGA (LIGA)
- ▶ Neues Bewußtsein, die ganzheitlich esoterische Partei Deutschlands (Bewußtsein)
- ▶ CHRISTLICHE MITTE (cm)
- ▶ DEUTSCHE SOLIDARITÄT — Union für Umwelt- und Lebensschutz (ÖKO-UNION)

Die Landeswahlausschüsse für die Bundesländer außer Bayern haben jeweils für das betreffende Bundesland eine Landesliste für die CDU zugelassen. In Bayern wurde eine Landesliste für die CSU zugelassen.

Parteien, die in einem Landtag oder im Bundestag vertreten sind, brauchen bei der Bewerbung nicht auf die Unterstützung von Bürgern zurückzugreifen. Für die Bewerbung ist die Sammlung von mindestens 4000 Unterschriften erforderlich. Dieses Erfordernis erfüllten nicht

- ▶ die NATIONALISTISCHE FRONT (NF),
- ▶ die Freiheitliche Volkspartei (FVP) und
- ▶ die FRAUENPARTEI (FRAUEN).

18. Juni Europawahl

VERGLEICHEN SIE – WÄHLEN SIE

Erinnern Sie sich? So war es, als die SPD dran war:

- 1 Million Arbeitsplätze weniger, allein von 1981 – 1982.
- Etwa 15.000 Lehrstellen fehlten 1982. Schulabgänger standen vor verschlossenen Türen.
- Wirtschaftskrise. Mit 17 Beschäftigungsprogrammen wurden 55 Milliarden Mark verpulvert. Trotzdem verdoppelte sich die Arbeitslosigkeit allein von 1980 – 1982 auf über 2 Millionen.

Und so gut stehen wir nach sieben Jahren CDU da:

- Seit 1983 1 Million neue Arbeitsplätze
- 60.000 Lehrlinge sucht allein das Handwerk. Der Lehrling ist König.
- Seit sieben Jahren Wirtschaftsaufschwung. Platz 1 im Export. Arbeitslosigkeit sinkt. Die Deutschen haben heute die höchsten Löhne, die kürzeste Arbeitszeit und den längsten Urlaub in Europa.

Jetzt geht's um Europa

Die erfolgreiche CDU-Politik müssen wir im Europäischen Binnenmarkt durchsetzen. Schon jetzt sichert der Export in die EG jeden fünften Arbeitsplatz. Ab 1992 heißt es freie Fahrt für deutsche Qualitätsprodukte und -arbeit auf einem Markt mit über 320 Millionen Verbrauchern.

Die SPD macht mies:
Zu Hause schürt sie Angst vor angeblichem Sozialabbau. In Europa will sie die vorbildlichen deutschen Sozialleistungen für alle EG-Länder durchsetzen und warnt davor, an das hohe deutsche Sozialleistungsniveau anzupassen.

Am 18. Juni haben Sie die Wahl.
Im deutschen Interesse: Ja zu Europa

Christdemokraten bauen Europa

CDU

An die Briefwahl denken!
Anträge bei Ihrer
CDU-Geschäftsstelle



*Die
Zukunft*

Weiter so:

Die Deutschen sind Weltmeister im Export

Auch 1988 haben die Deutschen am meisten exportiert. Wir sind Export-Nation

Nr. 1 in der Welt. Dies stellte jetzt das Institut der Deutschen Wirtschaft fest. Wir liegen vor unseren Hauptkonkurrenten auf dem Weltmarkt USA und Japan. Ein wichtiger Erfolg für uns Deutsche. Denn jeder dritte Arbeitsplatz ist vom Export abhängig.

Und die Aussichten sind auch weiter gut:

Ab 1992 kommt der Europäische Binnenmarkt. Mit 320 Millionen Verbrauchern bietet er den deutschen Qualitätsprodukten noch bessere Absatzchancen, bringt Schwung in die Wirtschaft und schafft neue Arbeitsplätze.

Damit es weiter aufwärts geht, am 18. Juni:

Im deutschen Interesse: Ja zu Europa

Christdemokraten bauen Europa

CDU

An die Briefwahl denken!
Anträge bei Ihrer
CDU-Geschäftsstelle



*Die
Zukunft*

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1



Briefwahlprospekt Europa '89

Über 50 Prozent aller Briefwähler haben bei den vergangenen Europawahlen der CDU ihre Stimme gegeben. Auch diesmal gilt deshalb: Briefwahlstimmen sind eine große Chance für die CDU. Um den Parteifreunden die Arbeit zu erleichtern, hält die Bundesgeschäftsstelle Briefwahlprospekte bereit, die angefordert werden können.

Mindestabnahme: 500 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme:

45,— DM zuzügl. MwSt.

Bestell-Nummer: 2149

**Sonderausgabe für Rheinland-Pfalz
und Saarland**

Bestell-Nummer: 2155

Bestellungen an:

**IS-Versandzentrum,
Postfach 1328, 4804 Versmold**

UiD

17/89

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.